

## Verwaltungsreform im Elsass

Départements sollen enger zusammenarbeiten

BÄRBEL NÜCKLES

**Bisher sind sich die beiden Départements über die Annäherung allerdings nicht einig: Keines will vom anderen dominiert werden. Die Region warnt vor zu viel Eile.**

Bisher war es wenig konkret, aber seit Kurzem kommt Schwung in eine seit Langem diskutierte Reform der Institutionen im Elsass: Die Region, die bislang grösste Einheit auf der regionalen Verwaltungsebene, soll verschwinden. Stattdessen wollen die beiden Départements, aus denen die Region Elsass geografisch besteht, Ober- und Unterelsass (Haut-Rhin und Bas-Rhin), enger zusammenarbeiten.

Die bereits von Napoleon gegründeten Départements verfügen schon heute über mehr Einfluss als die Region. Im Elsass versprechen sich die Befürworter von einer Reform der Institutionen eine effizientere Verwaltung, bessere Vertretung der Bürgerinteressen und grössere Entscheidungsspielräume vor Ort. Juristisch bestehen für eine Annäherung keine Hindernisse. Staatspräsident Nicolas Sarkozy will ohnehin eine effizientere, einfachere französische Verwaltung.

«Jedenfalls darf nicht geschehen», sagt Charles Buttner, der Vorsitzende des Generalrates des Südel-

sass in Colmar, «was beim letzten Versuch, Frankreich dezentraler zu gestalten, eingetreten ist: Man hat uns mehr aufgebürdet, aber unsere Kompetenzen nicht vergrössert.»

**MEHR AUFGABEN.** Mit der Verfassungsreform 2003 und dem Dezentralisierungsgesetz gab der Zentralstaat in Paris eine Reihe von Zuständigkeiten nach unten weiter. Die Départements sind seitdem zuständig für Sozialhilfe, Schultransport, Bau und Unterhalt der Schulen der Sekundarstufe (Collèges), für deren Servicepersonal und für die Wirtschaftsförderung. Sie verwalten einige Museen, Bibliotheken und Teile des Denkmalschutzes und sorgen für den Unterhalt der Landstrassen.

Die Region verwaltet mit derzeit 1,6 Milliarden Franken für den Region-Staatsvertrag 2007–2013 zwar ein stattliches Budget, zu dem sie selbst ein Viertel beiträgt. Ausgeben darf sie das Geld aber nur projektgebunden in Bereichen wie Forschung, berufliche Bildung und Umweltschutz – für was genau, das wird im Vorfeld bindend festgelegt.

**VIEL KRITIK.** Einigkeit herrscht beim Annäherungsprozess von Haut-Rhin und Bas-Rhin allerdings nicht. Keine der beiden Seiten will von der ande-

ren dominiert werden. «Die Interessen im Norden und Süden sind zu verschieden», sagt Buttner. Adrien Zeller, Präsident des Regionalrates, warnt vor zu viel Eile. In einer der gemeinsamen Sitzungen des Herbstes hagelte es Kritik aus allen politischen Lagern; sogar von «Zwangsheirat» war die Rede. Manche warnten aber auch davor, zu lange zu warten – so lange, bis Paris entscheidet. Jean-Marie Bockel, Staatssekretär und Maire von Mulhouse, fordert mehr Mut: «Vielleicht kann das Elsass wichtige Impulse für die nationale Debatte geben.»

Eine Versuchsphase ist beschlossen, zum Beispiel mit einer für das ganze Elsass einheitlichen Anlaufstelle für die Wirtschaftsförderung. Ziel ist eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Départements auf die Verwaltung der Universitäten, die alle Infrastrukturen sowie Dienstleistungen für den Bürger umfasst. Die gewählten Vertreter der Départements würden sich mal in der kleinen Runde, mal als Vollversammlung treffen. Einen eigenen Regionalrat soll es darüber hinaus nicht mehr geben. Deshalb steht ein Wandel wohl erst mit der nächsten Regionalwahl im März 2010 ins Haus.